



2024/2019(DEC)

12.12.2024

ÄNDERUNGSANTRÄGE

1 - 47

Entwurf einer Stellungnahme

Ľubica Karvašová

(PE765.332v01-00)

Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäische Kommission
(2024/2019(DEC))

Änderungsantrag 1 Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit Betrug sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; räumt ein, dass das Betrugsrisiko dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte;

Geänderter Text

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit Betrug sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; ***ist besorgt darüber, dass mit der vom Rechnungshof vorgenommenen Schätzung der Fehlerquote im Bereich der Kohäsion zu einem negativen Bild der Maßnahmen und der geteilten Mittelverwaltung im Allgemeinen beigetragen werden könnte***; räumt ein, dass das Betrugsrisiko dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 2 Mārtiņš Staķis im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit Betrug sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; räumt ein,

Geänderter Text

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit Betrug sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; räumt ein,

dass das Betrugsrisiko dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte;

dass das Betrugsrisiko dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte; **betont daher, wie wichtig es ist, den Grundsatz der „einzigen Prüfung“ zu stärken, Doppelarbeit zu verringern und eindeutig zwischen unbeabsichtigten Fehlern und Betrug zu unterscheiden;**

Or. en

Änderungsantrag 3

Waldemar Tomaszewski

im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit **Betrug** sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; räumt ein, dass das **Betrugsrisiko** dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte;

Geänderter Text

1. betont, dass die Kommission und der Rechnungshof wiederholt erklärt haben, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit **finanziellem Missbrauch** sind; hebt hervor, dass die Fehlerquote nicht zwangsläufig darauf hindeutet, dass die Mittel falsch eingesetzt wurden, und dass sie auch nicht die positiven Ergebnisse und den Mehrwert der Kohäsionspolitik infrage stellt; räumt ein, dass das **Risiko des finanziellen Missbrauchs** dennoch Anlass zur Sorge gibt und möglichst gering gehalten werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 4

Hannes Heide, Sabrina Repp, Nora Mebarek, Matthias Ecke, Klára Dobrev

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der

Geänderter Text

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der

Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist;

Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist; **stellt fest, dass sich überschneidende Förderzeiträume und die gleichzeitige Umsetzung von ARF, CRII(+), CARE und REACT-EU für die Verwaltungsbehörden zu zusätzlicher Komplexität geführt haben; fordert, dass den Mitgliedstaaten klare Leitlinien an die Hand gegeben werden, um diese Herausforderungen zu mindern und eine wirksame Mittelverwaltung sicherzustellen;**

Or. en

Änderungsantrag 5 Elena Nevado del Campo

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist;

Geänderter Text

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist; **betont, dass es in der Kohäsionspolitik derzeit Überschneidungen zwischen dem vorangegangenen Programmplanungszeitraum 2014-2020 und dem laufenden Programmplanungszeitraum 2021-2027 gibt, zusammen mit Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität;**

Or. es

Änderungsantrag 6

Mārtiņš Staķis

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist;

Geänderter Text

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen, **regionalen und lokalen** Behörden ist; **fordert, dass einheitliche Förderfähigkeitsregeln für alle Mittel der Kohäsionspolitik verabschiedet und die vereinfachten Kostenoptionen ausgeweitet werden;**

Or. en

Änderungsantrag 7

Gabriella Gerzsenyi

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist;

Geänderter Text

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften, **das Fehlen zwischengeschalteter Verwaltungsstellen zwischen der nationalen und der lokalen Ebene** und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden ist;

Or. en

Änderungsantrag 8
Waldemar Tomaszewski
im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2

Entwurf einer Stellungnahme

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften **und die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden** ist;

Geänderter Text

2. ist der Ansicht, dass der Anstieg der Fehlerquote bei den Mitteln der Kohäsionspolitik eher symptomatisch für die Komplexität der für diesen Ausgabenbereich geltenden Vorschriften ist;

Or. en

Änderungsantrag 9
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung die Kommission **dringend** aufgefordert hat, den nationalen Behörden zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern;

Geänderter Text

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung **in seinen jüngsten Stellungnahmen zur Entlastung** die Kommission aufgefordert hat, den nationalen Behörden **eine** zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern; **nimmt die Bemühungen der Kommission zur Kenntnis, stellt jedoch fest, dass diese bedauerlicherweise nicht ausgereicht haben, um das Fehlerrisiko zu mindern; weist warnend darauf hin, dass am Ende des ARF-Förderzeitraums und in den letzten Jahren des MFR eine ähnliche administrative Überlastung eintreten könnte; betont, dass die unzureichende Verwaltungskapazität der nationalen Behörden dringend angegangen werden muss;**

Änderungsantrag 10
Elena Nevado del Campo

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung die Kommission dringend aufgefordert hat, den nationalen Behörden zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern;

Geänderter Text

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung die Kommission dringend aufgefordert hat, den nationalen Behörden zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern; **fordert in diesem Zusammenhang, dass auch die Ausbildung des Personals der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die an der Verwaltung der Mittel der Kohäsionspolitik beteiligt sind, stärker unterstützt wird;**

Or. es

Änderungsantrag 11
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung die Kommission dringend aufgefordert hat, den nationalen Behörden zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern;

Geänderter Text

3. betont, dass der Ausschuss für regionale Entwicklung die Kommission dringend aufgefordert hat, den nationalen Behörden **und den jeweiligen Gemeinden** zusätzliche beratende Unterstützung zukommen zu lassen, um diese Gegebenheit zu verhindern **und den Aufbau von Verwaltungskapazitäten, den Austausch über bewährte Verfahren, Peer-to-Peer-Überprüfungen, technische Hilfe usw. zu unterstützen**

Änderungsantrag 12
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3a. betont, dass wirkliche Vereinfachungen und administrative Verbesserungen erforderlich sind, um dafür zu sorgen, dass diese Reformen von allen einschlägigen Akteuren auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene konsequent durchgeführt werden;

Or. en

Änderungsantrag 13
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3b. betont, dass die geteilte Mittelverwaltung, das Partnerschaftsprinzip und die Subsidiarität die Eckpfeiler jeder Reform und Vereinfachung der Kohäsionspolitik bleiben sollten;

Or. en

Änderungsantrag 14
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 3 c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3c. fordert die Kommission nachdrücklich auf, bei der anstehenden Vereinfachung der Kohäsionspolitik einen Bottom-up-Ansatz zu verfolgen, indem eine angemessene Konsultation und Einbeziehung von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, NRO und KMU sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 15 Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, **um dazu beizutragen**, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, **durch die der Zugang der Begünstigten zur Finanzierung der Kohäsionspolitik erleichtert und gleichzeitig dazu beigetragen werden würde**, das Fehlerrisiko zu verringern; **weist darauf hin, dass mit der Dachverordnung 2021-2027 bereits weitreichende Vereinfachungs- und Flexibilitätsmaßnahmen eingeführt wurden, dass es aber noch zu früh ist, um Lehren aus dem laufenden Programmplanungszeitraum zu ziehen; nimmt zur Kenntnis, dass im Hinblick auf die Vereinfachung des Rechtsrahmens für die Zeit nach 2027 drastischere Änderungen erforderlich sind;** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, **ihre Zusammenarbeit im laufenden Programmplanungszeitraum fortzusetzen, um nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen**

Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 16
Maravillas Abadía Jover

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um **dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern**; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, **nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern**;

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um **das Fehlerrisiko zu verringern, insbesondere vor dem Hintergrund der ergriffenen außergewöhnlichen Maßnahmen, die zu mehr Flexibilität bei der Mittelverwaltung geführt haben**; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, **die Vorschriften und Verfahren zu straffen und so unnötige Komplexität zu vermeiden und eine einheitliche Auslegung der rechtlichen Anforderungen zu fördern; hält es ferner für wichtig, die Verwaltungskapazitäten auf nationaler Ebene zu stärken, um eine ordnungsgemäße Ausführung der Mittel in einem vereinfachten Regelungsumfeld zu gewährleisten**.

Or. es

Änderungsantrag 17
Dan-Ştefan Motreanu

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren

Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern; **betont, dass für die Zeit nach 2027 ein einfacherer haushaltspolitischer Rahmen mit größerer Flexibilität auf lokaler und regionaler Ebene und die Annahme eines einheitlichen Regelwerks für die Begünstigten erforderlich sind, um den Zugang und die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern;**

Or. en

Änderungsantrag 18

Mārtiņš Staķis

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern; **betont darüber hinaus die entscheidende Rolle der Digitalisierung bei der Verwaltung von EU-Mitteln und der Nutzung künstlicher Intelligenz (KI) zur Aufdeckung von Betrug bei finanziellen Transaktionen;**

Or. en

Änderungsantrag 19
Elena Nevado del Campo

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern; **fordert für den nächsten Zeitraum einen stabilen Rechtsrahmen, der nicht regelmäßig überprüft werden muss;**

Or. es

Änderungsantrag 20
Sakis Arnaoutoglou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten **und** Überregulierung zu verhindern;

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer gemeinsamen Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten, Überregulierung zu verhindern **und für eine angemessene Aus- und Weiterbildung des Personals zu sorgen;**

Änderungsantrag 21
Waldemar Tomaszewski
im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission **und die Mitgliedstaaten** nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer **gemeinsamen** Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Geänderter Text

4. wiederholt seine früheren Forderungen nach einer weiteren Vereinfachung, um dazu beizutragen, das Fehlerrisiko zu verringern; fordert die Kommission nachdrücklich auf, nach Möglichkeit unnötig komplexe Vorschriften und Verfahren zu vereinfachen, an einer **klaren** Auslegung bestimmter rechtlicher Anforderungen zu arbeiten und Überregulierung zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 22
Ciaran Mullooly

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

4a. betont, dass es zur Vereinfachung unnötig komplexer Vorschriften und zum Abbau von Bürokratie entscheidend ist, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die die Regionen, in denen die Mittel ausgegeben werden, am besten kennen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten im Sinne der Vereinfachung nachdrücklich auf, einen stärker territorial ausgerichteten und dezentralisierten Ansatz für die Regionalentwicklungspolitik zu verfolgen, indem sichergestellt wird, dass die

Geänderter Text

***Finanzierungsentscheidungen von
denjenigen getroffen werden, die am
nächsten vor Ort sind;***

Or. en

Änderungsantrag 23
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

***4a. weist erneut darauf hin, wie
wichtig ein stärkeres Gender-
Mainstreaming und die Berücksichtigung
des Gleichstellungsaspekts bei der
Haushaltsplanung im Rahmen der
Kohäsionspolitik sind, die einen
wirklichen Nutzen für die Verteilung der
Mittel darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 24
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

***4b. fordert ein Bekenntnis zu
partnerschaftlichen und faktengestützten
Ansätzen, wobei alle
Vereinfachungsvorschläge im Rahmen
eines offenen und kontinuierlichen
Dialogs mit Interessenträgern,
Organisationen der Zivilgesellschaft und
Rechnungsprüfungsorganen
ausgearbeitet werden sollen;***

Or. en

Änderungsantrag 25
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4c. weist darauf hin, dass die Organe der EU gemäß Artikel 11 Absatz 2 EUV einen offenen, transparenten und strukturierten Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft und den repräsentativen Verbänden pflegen müssen; betont in diesem Zusammenhang insbesondere, dass der Zugang zu Strukturfondsmitteln eine Voraussetzung für die Sicherstellung der öffentlichen Beteiligung ist, ohne die es den Bürgerinnen und Bürgern nicht möglich wäre, sich über ihre repräsentativen Verbände auf EU-Ebene Gehör zu verschaffen, einen regelmäßigen Dialog mit den Organen der EU zu führen, der zur demokratischen Teilhabe an der Politikgestaltung beiträgt, einen offenen und umfassenden Dialog zu führen, mit dem dafür gesorgt wird, dass die Vielfalt der Ansichten und Anliegen berücksichtigt wird, wobei die öffentlichen Interessen den kommerziellen Interessen gleichgestellt sind, eine Überwachungsfunktion bei der Umsetzung der Unionspolitik und der Rechtsvorschriften der EU, einschließlich der Verwendung von EU-Mitteln, auszuüben oder als Kontrollorgan im Sinne der Rechtsstaatlichkeit zu fungieren; weist erneut auf die von der Kommission im Rahmen ihrer politischen Leitlinien eingegangene Verpflichtung hin, ihre Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft zu intensivieren, die über Fachwissen verfügen und eine wichtige Rolle bei der Verteidigung spezifischer gesellschaftlicher Fragen und der

Wahrung der Menschenrechte einnehmen können; weist darauf hin, dass dies bedeutet, dass die Kommission regierungsunabhängige Organisationen zwar nicht damit beauftragen sollte, bestimmte Tätigkeiten auszuüben oder bestimmte Standpunkte oder politische Maßnahmen zu unterstützen, dass es jedoch nach wie vor von grundlegender Bedeutung ist, dass Organisationen der Zivilgesellschaft mithilfe von EU-Mitteln in einen „offenen, transparenten und strukturierten Dialog mit den Organen der EU“ im Sinne von Artikel 11 EUV durch Tätigkeiten wie Interessenvertretungstätigkeiten, Demonstrationen oder gerichtliche Maßnahmen treten können, und dass diese Organisationen im Rahmen der einschlägigen Finanzierungsprogramme förderfähig bleiben und über ausreichende zweckgebundene Mittel verfügen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 26
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 **eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und** die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde;

Geänderter Text

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft (**EUStA**) beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 **Arbeitsvereinbarungen zwischen der EUStA und Dänemark unterzeichnet wurden und dass** die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde; **hebt hervor, dass die EUStA weiterhin mit den erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen unterstützt werden muss; ist der Ansicht, dass eine**

gestärkte EUSa von wesentlicher Bedeutung ist, damit der Gesetzgeber in der Lage ist, den Regelungsrahmen im Bereich Kohäsion weiter zu vereinfachen;

Or. en

Änderungsantrag 27

Hannes Heide, Sabrina Repp, Nora Mebarek, Matthias Ecke, Klára Dobrev

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde;

Geänderter Text

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde; **betont, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem OLAF, der EUSa und den nationalen Behörden erforderlich ist, um Betrug im Zusammenhang mit den kohäsionspolitischen Ausgaben besser aufdecken und verhüten zu können;**

Or. en

Änderungsantrag 28

Waldemar Tomaszewski

im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung **und der Europäischen Staatsanwaltschaft** beim Schutz der finanziellen Interessen der

Geänderter Text

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt;

Union zukommt; *begrüßt, dass im Jahr 2023 eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde;*

Or. en

Änderungsantrag 29

Mārtiņš Staķis

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

5. hebt die Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde;

Geänderter Text

5. hebt die **bedeutende** Rolle hervor, die dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und der Europäischen Staatsanwaltschaft beim Schutz der finanziellen Interessen der Union zukommt; begrüßt, dass im Jahr 2023 eine Arbeitsvereinbarung mit Dänemark unterzeichnet und die Zusammenarbeit mit Polen und Irland aufgenommen wurde;

Or. en

Änderungsantrag 30

Mārtiņš Staķis

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

5a. betont, dass die Kohäsionspolitik nicht zur missbräuchlichen Verwendung von EU-Mitteln oder zu einer weiteren Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie in den Mitgliedstaaten beitragen darf;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 31
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5b. hebt die grundlegende Rolle hervor, die die Kohäsionspolitik bei der Bewältigung der akuten Krise in den letzten Jahren gespielt hat, und betont, dass ihre langfristigen strategischen Investitionsgrundsätze und -ziele beibehalten werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 32
Maravillas Abadía Jover

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der **Bewältigung der Folgen von Krisen** gespielt hat; **weist jedoch erneut darauf hin**, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen **und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;**

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der **Reaktion auf die Folgen der jüngsten Krisen** gespielt hat; **betont** jedoch, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen **echten** Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen, **die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und sicherzustellen, dass nationale Maßnahmen durch sie ergänzt werden; betont ferner, dass durch Krisenreaktionsmaßnahmen weder die langfristigen strategischen kohäsionspolitischen Ziele gefährdet noch Mittel, die für die Kernprioritäten vorgesehen sind, zweckentfremdet werden sollten;**

Änderungsantrag 33
Dan-Ştefan Motreanu

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;

Geänderter Text

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte; **betont, dass die Verwaltungsbehörden zwar durch die Flexibilität die Möglichkeit haben sollten, als Reaktion auf kritische Notfälle oder Änderungen der politischen Prioritäten Mittel umzuverteilen, dass derartige Maßnahmen jedoch den Grundsätzen des Partnerschaftsprinzips entsprechen sollten, wobei sicherzustellen ist, dass sie in Absprache mit den Interessenträgern der Kohäsionspolitik durchgeführt werden;**

Or. en

Änderungsantrag 34
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6. nimmt zur Kenntnis, dass die

Geänderter Text

6. nimmt zur Kenntnis, dass die

Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen *von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen*, und dass *die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen* sollte;

Kohäsionspolitik *dank der kurzfristigen, gezielten Flexibilität, die durch CRII+, CARE und REACT-EU eingeführt wurde*, eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen *der COVID-19-Pandemie, der Aggression Russlands in der Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrisen gespielt hat; bekräftigt jedoch, dass die Reaktion der EU auf Krisen oder sich abzeichnende Prioritäten nicht zulasten der langfristigen strukturellen Kohäsionsziele, d. h. der Verringerung der Disparitäten in der EU, erfolgen sollte* und dass *der neue MFR im Vorfeld krisenflexibel konzipiert werden* sollte;

Or. en

Änderungsantrag 35

Mārtiņš Staķis

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;

Geänderter Text

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen und zur ***Bekämpfung des Klimawandels, zum „Grünen Deal“, zum gerechten Übergang und zur Wettbewerbsfähigkeit*** beizutragen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der ***strategischen*** langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 36
Waldemar Tomaszewski
im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6

Entwurf einer Stellungnahme

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen **und zur Wettbewerbsfähigkeit beizutragen**, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;

Geänderter Text

6. nimmt zur Kenntnis, dass die Kohäsionspolitik durch CRII+, CARE und REACT-EU eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Folgen von Krisen gespielt hat; weist jedoch erneut darauf hin, dass der Zweck der Kohäsionspolitik darin besteht, **den wirtschaftlichen Zusammenhalt durch Konvergenz sicherzustellen** und einen Mehrwert für die regionale Entwicklung zu schaffen, und nicht darin, die Folgen dieser Krisen zu tragen, und dass die Krisenbewältigung daher nicht zulasten der langfristigen Kohäsionsziele erfolgen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 37
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

6a. stellt fest, dass bei Vorgängen im Zusammenhang mit zu 100 % kofinanzierten Maßnahmen eine erhebliche Zahl von Fehlern aufgedeckt wurde; weist darauf hin, dass die Fehlerquote in Rubrik 2 ohne Berücksichtigung der aus REACT-EU, CRII+ und CARE finanzierten Vorgänge 4,3 % betragen hätte;

Geänderter Text

Or. en

Änderungsantrag 38
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6b. bekräftigt, dass die vorstehend genannten Faktoren auch zu den Verzögerungen bei der Inanspruchnahme der Mittel der Kohäsionspolitik 2021-2027 beigetragen haben; stellt fest, dass die Zahlungen für die Programme des Zeitraums 2021-2027 im Jahr 2023 mit 3,2 % weiterhin niedrig sind, was einer Verzögerung von einem Jahr gegenüber der entsprechenden Phase des vorangegangenen Programmplanungszeitraums entspricht;

Or. en

Änderungsantrag 39
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6 c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6c. weist auf die Überprüfung des Rechnungshofs zu den Hauptursachen der Fehler bei den Kohäsionsausgaben 2014-2020 hin; begrüßt die Schlussfolgerung des Rechnungshofs, dass der Zuverlässigkeitsrahmen für die Kohäsionspolitik dazu beigetragen hat, die Gesamtfehlerquote seit 2007 zu verringern, bedauert jedoch, dass es nicht gelungen ist, die Gesamtfehlerquote unter die Wesentlichkeitsschwelle zu senken; weist darauf hin, dass nicht förderfähige Ausgaben und Projekte die häufigste Fehlerart waren, gefolgt von Verstößen gegen die Beihilfavorschriften und Verstößen gegen die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge;

Änderungsantrag 40
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6 d (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6d. nimmt die Ungewissheit bezüglich des Abschlusses des Programmplanungszeitraums 2014-2020 zur Kenntnis und begrüßt, dass die Kommission zusätzliche Schritte unternommen hat, um dies zu beheben; betont, wie wichtig ein erfolgreicher Abschluss des Programmplanungszeitraums 2014-2020 ist, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, die diesbezüglichen Empfehlungen des Rechnungshofs (6.4) umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 6 e (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

6e. stellt fest, dass in der jüngsten von der Kommission erstellten langfristigen Zahlungsvorausschätzung eine erhebliche Aufhebung der Mittelbindungen ab 2027 vorgesehen ist, es sei denn, die Mitgliedstaaten unternehmen zusätzliche Anstrengungen und setzen die Maßnahmen deutlich schneller als im Zeitraum 2014-2020 um; weist darauf hin, dass die Kommission für die kohäsionspolitischen Fonds KF, EFRE und ESF+ für den Zeitraum 2024-2027

eine Aufhebung von Mittelbindungen in Höhe von insgesamt 2,2 Mrd. EUR prognostiziert, was mehr als das Fünffache ihrer Prognose aus dem Jahr 2022 in Höhe von 0,4 Mrd. EUR entspricht; weist warnend darauf hin, dass beim Fonds für einen gerechten Übergang durch die geringe Mittelausführung im Jahr 2023 ab 2025 erhebliche Beträge gefährdet sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, alle verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen, um die Aufhebung von Mittelbindungen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 42 Dan-Stefan Motreanu

Entwurf einer Stellungnahme Ziffer 7

Entwurf einer Stellungnahme

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten.

Geänderter Text

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; ***ist der Ansicht, dass die Kohäsionspolitik, wenn sie weiterhin als wichtigster Mechanismus zur Umsetzung neuer politischer Prioritäten und zur Bewältigung neu auftretender Krisen dienen soll, im Rahmen für die Zeit nach 2027 als wichtigste Ausgabenpriorität der Europäischen Union festgelegt werden sollte, wobei sie eine entscheidende Rolle bei der Verringerung der Unterschiede im Entwicklungsstand zwischen den Regionen und bei der Bewältigung sich entwickelnder Herausforderungen spielt;*** betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten

beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten; **fordert eine Überarbeitung des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften, um seine Anwendung zu verbessern und seine Reichweite auf das Europäische Semester auszudehnen, damit Investitions- und Reformprioritäten in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entwickelt werden können und eine Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse der Regionen der EU sichergestellt ist.**

Or. en

Änderungsantrag 43

Hannes Heide, Sabrina Repp, Nora Mebarek, Matthias Ecke, Klára Dobrev

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 7

Entwurf einer Stellungnahme

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, **dass** die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften **stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt** werden und **unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten**.

Geänderter Text

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, **wie wichtig es ist**, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften **sowohl in die Gestaltung als auch in die Umsetzung der Kohäsionspolitik einzubeziehen, um sicherzustellen, dass die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden und den spezifischen Bedürfnissen der Gemeinschaften entsprechen; fordert, dass Mechanismen eingerichtet werden, mit denen den lokalen Gebietskörperschaften, insbesondere in den weniger entwickelten Regionen, ein unmittelbarer Zugang ermöglicht wird.**

Or. en

Änderungsantrag 44
Mārtiņš Staķis
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 7

Entwurf einer Stellungnahme

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten.

Geänderter Text

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten; ***weist ferner darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, insbesondere aber für die Begünstigten, so gering wie möglich gehalten werden muss.***

Or. en

Änderungsantrag 45
Lubica Karvašová

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 7

Entwurf einer Stellungnahme

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, dass die lokalen und regionalen

Geänderter Text

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist; betont, dass die lokalen und regionalen

Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten.

Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und *in angemessener Weise* unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten, *wobei die langfristigen Ziele der Kohäsionspolitik stets zu berücksichtigen sind*;

Or. en

Änderungsantrag 46
Waldemar Tomaszewski
im Namen der ECR-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 7

Entwurf einer Stellungnahme

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um *den Einsatz einschlägiger Instrumente außerhalb der Kohäsionspolitik zu ermöglichen, damit eine Anpassung an neu entstehende Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 möglich ist*; betont, dass die *lokalen und regionalen Gebietskörperschaften stärker an der Festlegung der politischen Prioritäten beteiligt werden und unmittelbaren Zugang zu den Kohäsionsfonds erhalten sollten*.

Geänderter Text

7. hebt hervor, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen besser gestaltet werden muss, um *die Kohäsionspolitik angesichts neu entstehender Bedürfnisse in der Zeit nach 2027 zu stärken*; betont, dass die *Beibehaltung der Kohäsionspolitik in ihrer derzeitigen Form für das Funktionieren des Binnenmarktes und der gesamten Europäischen Union entscheidend ist*.

Or. en

Änderungsantrag 47
Marta Wcislo

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 7 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

7a. betont, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik neue Verordnungen und Finanzrahmen entwickelt werden müssen,

*die Hilfsinstrumente für Grenzregionen
an der Ostgrenze der Europäischen
Union, in den an Russland, Belarus und
die Ukraine angrenzenden Ländern
beinhalten;*

Or. pl